



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses  
am 27. Februar 2008

Amt für Soziale Arbeit, Dotzheimer Straße 99, Besprechungsraum 10. Stock

---

**Vorsitz :**

Torsten Tollebeek (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder:  
Ferner anwesend:  
Tagesordnung:  
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1  
siehe Anlage 2  
siehe Anlage 3  
siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr**

**Ende: 19:45 Uhr**

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten  
DL Nrn. 09/08, 10/08

(Drucksachenband 126)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fragt Herr Dörr nach Punkt 2.2. und möchte wissen, wo steht, dass bei der Verpachtung der Verwaltungsjagden eine Kommission benannt wird, die dann für die Vergabe zuständig ist. Es geht um die 4 Reviere, die nach seiner Kenntnis schon vor 4 Wochen unter dem Tisch verschoben worden sind. Wie kann es da zu einer Preisgleichheit oder einer Angemessenheit kommen, wenn der zum Zug kommt, der das Meiste bietet.

## Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Februar 2008

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Herr Tollebeek fasst zusammen und fragt nach, ob Herr Dörr meint, dass die Verpachtungsbedingungen für die Stadt Wiesbaden nicht optimal gelaufen seien. Er verweist auf den Antrag, der in der heutigen Sitzung auf der Tagesordnung steht. Auch in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit war der Antrag Thema. So dem Antrag gefolgt wird, wird in Zukunft die Verdingungskommission mit der Verpachtung beauftragt. Wie es in der Vergangenheit gehandhabt wurde, geht der Antrag nicht ein. Da aber durch den Beitrag von Herrn Dörr andere Erkenntnisse vorliegen, könnte in nicht öffentlicher Sitzung über den Vorwurf gesprochen werden und das das Revisionsamt evtl. mit einer Prüfung beauftragt werden. Denkbar sei auch, die Vergabe zukünftig über einen Externen abwickeln zu lassen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Frau Stadträtin Gaby Wolf in Vertretung von Stadtrat Goßmann den Ausschuss in den Räumen des Sozialdezernates. Nach Umzug des Amtes in das neue Verwaltungszentrum an der Mainzer Straße könnte ein weiterer Besuch folgen, um die neuen Räumlichkeiten kennen zu lernen.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

### öffentliche Sitzung

#### 0030      Tagesordnung

Zu Beginn der Sitzung wird ein sog. Schnelldurchlauf durchgeführt, d.h., alle Punkte, zu denen kein Diskussionsbedarf besteht, werden abgestimmt.

Danach kommen die restlichen Punkte nach ihrer Platzierung auf der Tagesordnung zum Aufruf.

Die Punkte 18 und 19 der Tagesordnung werden in nicht öffentlicher Sitzung beraten und abgestimmt.

Bedenken gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Einstimmig

#### 0031      Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 23.01.2008 wird genehmigt.

Stv. Dr. Goßmann fragt nach, ob der Vorsitzende in dieser Sitzung über die Gutachten, die über den neuen Estrich in der Schule für Praktisch Bildbare verfasst wurden, berichten kann.

Vors. Tollebeek konnte die Gutachten aufgrund einer Erkrankung nicht durcharbeiten und wird voraussichtlich in der Sitzung des Ausschusses am 16.04.2008 berichten.

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Februar 2008**

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Er fragt des Weiteren nach einem möglichen Vorschlag des Magistrats, den Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen anders zu organisieren. Dieser Punkt wird im Laufe der Sitzung beraten werden.

Einstimmig

**0032            07-F-01-0063**

Haushaltsumstellung  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 05.06.2007 -

Einstimmig

**0033            08-V-20-0005**

Kosten für die Umstellung des städtischen Haushaltes von der Kameralistik auf die Doppik  
(inkl. Kostenanteil für den AKK-Haushalt)

Einstimmig

**0034            07-F-01-0100**

WIVERTIS Netzwerkstörungen  
-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 22.10.2007-

Einstimmig

**0035            07-F-01-0101**

Geschäftsverbindung mit Werbeagentur  
-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 22.10.2007-

Einstimmig

**0036            08-V-01-0004**

Ball des Sports, Ironman Germany 70.3 und Rock und Pop Preis; Umsetzung zu Dezernat III / Wiesbaden Marketing

Einstimmig

**0037            08-V-10-0002**

Internistenkongress 2008

## Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Februar 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Einstimmig

**0038 08-V-40-0003**

Oranienschule; Erweiterung inkl. Sanierung der Verwaltung - Ausführungsvorlage -

Einstimmig

**0039 08-V-40-0004**

Werner-von-Siemens-Schule; Mehrkosten Generalsanierung

Einstimmig

**0040 08-F-25-0016**

Einstellung der Verwaltungsjagd in Wiesbaden

- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP -

Der Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit aus der gestrigen Sitzung wird im Ausschuss verteilt. Dort war ein wortgleicher Antrag gestellt worden, der um den Zusatz, dass der Ausschuss Umwelt/Sauberkeit nach einem Jahr einen schriftlichen Bericht erwartet, ergänzt worden.

Stv. Reiß fragt nach, wo denn die finanziellen Vorteile der LHW bei der Verpachtung der Verwaltungsjagd lägen.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass alles, was man verpachtet, Geld einbringt. Die Vergabe der Pachten habe neben finanziellen auch soziale Aspekte. Die Vorteile der Verpachtung durch die LHW sollte u. a. sein, dass mehr Tiere in den Pachten leben. Dadurch sind aber die Verbisschäden höher.

Dem Antrag in Form des Beschlusses des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit wird wie folgt zugestimmt:

gegen BLW bei Enth. SPD angenommen

**0041 08-F-01-0023**

Besuch des Dalai Lama 2005

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 19.02.2008 -

Die CDU bringt einen Änderungsantrag ein, der von der Antrag stellenden Fraktion übernommen wird.

CDU und SPD sind darüber einig, dass der Antrag zwar zur Abstimmung gestellt, die Beratung des Punktes in der Kurbetriebskommission abgewartet werden soll.

Einstimmig

## Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Februar 2008

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

**0042**      **07-A-19-0013**

Sanierung der Russischen Kapelle - üpl-Mittel

Stadtrat Bendel weist darauf hin, dass der Punkt auf der Tagesordnung stehe, obwohl der Magistrat in der gestrigen Sitzung die Sitzungsvorlage nicht beschlossen habe.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass der Punkt schon seit längerer Zeit unabhängig von einer Sitzungsvorlage im Ausschuss thematisiert wird.

Das Revisionsamt wird über den Sachstand zeitnah berichten. Es müssen noch Schadensersatzansprüche geprüft werden.

Herr Löber weist darauf hin, dass die zuständigen Mitarbeiter beim Hochbauamt längerfristig erkrankt sind und sich dadurch die Beantwortung verzögert.

Einstimmig

**0043**      **07-A-19-0017**

Übersicht über Gutachten und Beratungsleistungen

Die einzelne Antwort von Frau Stadträtin Thies wird zur Kenntnis genommen. Die Beantwortung der anderen Dezernate wird „als Paket“ zur nächsten Sitzung erwartet.

Einstimmig

**0044**      **07-F-07-0036**

Bewirtschaftung der Erlebnismulde auf dem Neroberg  
- Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 29.08.2007 -

Herr Kowohl (Referent Dezernat V) berichtet, dass die Unterlagen zwar zusammengestellt, der für die heutige Sitzung angeforderte Bericht allerdings nicht mehr rechtzeitig dem Magistrat vorgelegt werden konnte.

Für die Sitzung des Ausschusses am 16.04.2008 ist mit der Vorlage des Berichtes zu rechnen.

Einstimmig

**0045**      **07-F-25-0103**

Krippengruppe in der Kita der Evang. Christopherusgemeinde - Mehrkosten

## Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Februar 2008

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 23.10.2007 -  
Stv. Klüssendorf fragt nach, ob vor Baumaßnahmen nicht abgestimmt wird, wie mit nachträglich entstehenden Mehrkosten zu verfahren ist.

Herr Fischer (Amt für Soziale Arbeit) berichtet, dass die Maßnahme aus dem Programm „Zusätzliche Krippenplätze“ gezahlt wurde. Die Entscheidung falle in einer Konsensrunde (Dezernat VI, Dekane der Kirchen). Es ist üblich, dass die Kirchengemeinden eigene Bauämter unterhalten, die die Arbeiten koordinieren. Jede Kirchengemeinde ist dabei ein eigener Rechtsträger.

In diesem Fall hat die Gemeinde anders gehandelt, womit die LHW nicht rechnen konnte. Es handelt sich um einen absoluten Einzelfall. Selten ist eine Maßnahme so außer Kontrolle geraten.

Stv. Reiß weist darauf hin, dass auch Fördermittel entfallen seien und möchte geklärt wissen, ob man diese von der Kirche zurückfordern könne.

Davon geht Herr Fischer nicht aus. Die Maßnahme als solche war günstig, passte ins Landesprogramm. Im Nachhinein stand fest, dass die Maßnahme zu dem Zeitpunkt X nicht mehr förderungsfähig war.

Ein Nachweis über die Verwendung der Mittel liegt vor. Es wird allerdings geprüft, ob durch die notwendigen Mehrarbeiten ein Schaden entstanden ist und ein Rückforderung möglich ist.

Vors. Tollebeek bestätigt, dass bei der Kinderbetreuung möglichst „viel PS auf die Straße gebracht werden soll“. Er weist darauf hin, dass die Kirchengemeinde für halb so viel Geld baut wie die LHW. Finanztechnisch müsse man aber bei den kalkulatorischen Kosten auch die Zinsen berücksichtigen. Bei den KiTas läge der Abfluss der Mittel am Ende eines Doppelhaushaltes auch nur bei 40 - 50 % - hier müsse etwas geändert werden. Man müsse verwaltungsintern eine andere Lösung finden, denn trotz Beschleunigungsprogramm werden auch im lfd. Jahr Mittel übrig bleiben.

Er fragt nach, wer sich mit den Baumaßnahmen im Bereich Soziales/Jugend beschäftige, ob der Ausschuss für Soziales ein Auge auf die Abläufe habe und evtl. eine Rangfolge bei den Baumaßnahmen vorgäbe.

Herr Fischer bestätigt, dass alle Einzelmaßnahmen im Sitzungszug alle Fachausschüsse durchlaufen.

bei Nichtanwesenheit BLW einstimmig angenommen

**0046            08-V-20-0004**

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 3. Quartal 2007

Herr Emmel (Kämmerei) berichtet, dass die Berichterstattung ab dem 1. Quartal 2008 in anderer Form erfolge.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass die Berichterstattung von 82 und WIVERTIS in einer der letzten Sitzungen des Ausschusses bemängelt wurde. Bitte war, die Berichterstattung an die Standards der anderen Eigenbetriebe anzupassen.

Stv. Dr. Goßmann bemängelt den Quartalsbericht von GeWeGe. Man sollte sich den Abschluss 2007 genauer ansehen. Bei der WJW sieht er eine lockere Art der Finanzbuchhaltung. Zum 31.07.2007 lag

## Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Februar 2008

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

hier nur ein vorläufiger Jahresabschluss vor. Sollte der Jahresabschluss auch im nächsten Quartalsbericht nicht vorliegen, sollte man sich den Abschluss der WJW genauer ansehen.

Stadtrat Bendel gibt zu Protokoll, dass er sich gegen die Aussage, bei der WJW herrsche eine lockere Finanzbuchhaltung vor, verwahre. Man befinde sich in öffentlicher Sitzung. Seit Jahren schließe die WJW mit einem positiven Ergebnis ab. Zur Zeitschiene (wann muss der Jahresabschluss vorliegen) könne er nichts sagen.

Für Vors. Tollebeek ist die Bemerkung von Stv. Dr. Goßmann in Ordnung, da sie sich nicht auf die WJW alleine bezog und man im Revisionsausschuss auch provokativ fragen könne.

Es besteht Einigkeit darüber, dass dem Ausschuss die vorläufigen Jahresergebnisse von GeWeGe und WJW unverzüglich vorgelegt und auch die geprüften Jahresabschlüsse zeitnah nachgereicht werden sollen.

Einstimmig

**0047            08-V-40-0001**

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung an Wiesbadener Schulen

Stv. Reiß ist der Auffassung, dass bei der Untersuchung Dinge geprüft werden, die selbstverständlich sind. Ein Fachamt müsste doch alleine abschätzen können, welche Maßnahmen wirtschaftlich sind oder nicht. Es handele sich doch um eine erhebliche Summe Geld, die durch die Untersuchungen zusammen komme. Auch wenn die Gutachten vorliegen, würden die Maßnahmen doch nicht zeitnah umgesetzt.

Vors. Tollebeek stellt klar, dass der Ausschuss auf jeden Fall einen Beschleunigungsprozess bei der Umsetzung von Baumaßnahmen im Schulbereich unterstütze.

Es komme bei Sanierungsmaßnahmen immer wieder zu unvorhergesehenen Kosten, wenn z.B. eine Fliegerbombe aus dem 2. Weltkrieg aufgefunden wird. Hier entstehen Mehrkosten, die vorher überhaupt nicht planbar waren.

Oft werden aber Bereiche wie z.B. die Feuerwehr oder der Denkmalschutz vorher überhaupt nicht gefragt und erst im Nachhinein entstünden Kosten, die schon im Planungszeitraum hätten berücksichtigt werden können.

Im vorliegenden Fall sollen externe Gutachter vor der Baumaßnahme verbindliche Gutachten erstellen, die bei dann auftretenden Mehrkosten schadensersatzpflichtig seien.

Er würde lieber vorher mehr Untersuchungen beauftragen, um dadurch Mehrkosten im Nachhinein vermeiden zu können.

Eine externe Begutachtung sei auch vertretbar, weil das Hochbauamt nur eine gewisse Personalkapazität habe.

Das Geld für die Gutachten sei gut investiert. Er würde den Weg auch gern Dezernat VI für den KiTa-Bereich vorschlagen.

Stv. Dr. Goßmann begrüßt die Sitzungsvorlage ebenfalls. Frühere Sanierungen seien eine einzige Katastrophe gewesen. Wenn allerdings das Hochbauamt seiner Dienstleisterfunktion nicht mehr nachkommen könne, müsse etwas passieren.

## Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Februar 2008

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Stv. Reiß ist die Intension schon klar. Er fragt aber trotzdem nach, welche Auswirkungen dies auf das Hochbauamt habe, was man dort ändern könne. Wenn die Gutachten jetzt erstellt seien, könne man dann auch davon ausgehen, dass alles in den nächsten 3 Jahren abgearbeitet ist?

Vors. Tollebeek geht davon aus, dass nach der Erstellung der Gutachten klar sei, was jede einzelne Schule koste und dann der beste Preis beauftragt werden könne.

Vorstellbar sei auch, dass man einen festen Preis vereinbare (vergleichbar schlüsselfertiges Haus).

Man könnte sicher auch eine zeitliche Klausel einsetzen (wenn nicht am XXX fertig - keine Zahlung).

Ob das Hochbauamt mit dem vorhandenen Personal alles umsetzen könne, kann er nicht sagen. Dort würde schon seit 20 Jahren die gleiche Bauleistung erbracht.

Man dürfe aber auch die vielen parlamentarischen Hindernisse nicht vergessen.

Für Stv. Dr. Goßmann bleibt die Frage offen, ob das Hochbauamt seine Dienstleistungsfunktion in vollem Umfang erfüllt. Das Amt sollte Flagge zeigen - kann es alles schaffen oder nicht.

Nach kurzer Diskussion, ob die Schuld bei parlamentarischen Hürden liegt, das Hochbauamt nicht alles umsetzen kann oder wo sonst Mängel liegen besteht Einigkeit darüber, dass zeitnah ein Berichts Antrag eingereicht werde.

Enth. BLW

### 0048            **VERSCHIEDENES**

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass das Neujahrsessen nach der Sitzung am 16.04.2008 im Prinz von Oranien stattfinden wird.

Einstimmig

## **nicht öffentliche Sitzung (ab 18.30 Uhr)**

### 0052            **07-A-19-0014**

Bericht zur Besetzung der Stelle des Leiters des Revisionsamtes

Stadtrat Bendel sagt dem Vorsitzenden zu, dass die unterschriebene Sitzungsvorlage voraussichtlich in der kommenden Woche im Magistrat behandelt werden wird. Die Sitzungsvorlage sei schon beim Hauptamt eingegangen.

Einstimmig



## Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Februar 2008

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

0053            07-F-22-0002

Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen  
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und FDP vom 04.06.2007 -

Das Schreiben von Stadtrat Bendel vom wird an die Ausschussmitglieder verteilt.

Vors. Tollebeek berichtet dazu, dass ihn das Schreiben einschließlich des Beschlusses des Magistrats heute erreicht hat. Er habe daraufhin die Niederschrift über die letzte Ausschusssitzung zur Kenntnis genommen.

Er gibt folgendes zu Protokoll:

Im Schreiben von Stadtrat Bendel werde er zitiert. Er stellt als Person und Ausschussvorsitzender fest, dass für ihn in Bezug auf die Wiedergabe von Meinungen und Äußerungen nur die Niederschriften ausschlaggebend seien.

Er stelle darüber hinaus mit Befremden fest, dass nach seiner Einschätzung in den letzten Monaten zwischen dem Personal- und Organisationsamt und dem Revisionsamt ein Spannungsfeld entstanden sei. Er könne sich des Eindrucks nicht erwehren, dass bei allen Punkten, die vom Revisionsamt kämen, alles besonders intensiv beäugt werde und die Objektivität beeinträchtigt sei.

Der Ausschuss könne sich aber mit der Zusammenarbeit von Ämtern nicht beschäftigen - dies sei Aufgabe des Magistrats. Es sei aber in diesem Kontext ganz und gar unglücklich, wenn die Zusammenarbeit von 11 und 14 beeinträchtigt sei, weil diese Bereiche zusammenarbeiten müssen. Bei dem Umgang mit dem Mitarbeiter des Sportamtes und dem Mitarbeiter, der Inhaber der Firma Topgun sei subjektives Rechtsempfinden geäußert worden, man hätte von 11 aus anders mit dem Mitarbeiter umgehen können.

Er wünscht sich, dass der Magistrat auf eine verbesserte Zusammenarbeit von 11 und 14 einwirken möge.

Das Schreiben von Stadtrat Bendel nimmt Vors. Tollebeek zur Kenntnis und verweist gleichzeitig auf die Niederschrift über die Sitzung.

Der Ausschuss wolle nicht Gericht spielen, jeder müsse selber entscheiden, was erzählt werden soll. Auch Dinge, die das Revisionsamt anstößt, müssten personalrechtlich bewertet werden. Er sei kein Personalfachmann und kein Jurist, aber es erscheint ihm gänzlich unmöglich, dass im vorliegenden Fall keine personalrechtlichen Konsequenzen möglich gewesen seien.

Es sei ein Schlag ins Gesicht aller guten Mitarbeiter/innen, wenn hier keine Konsequenzen folgen würden. Es mag objektive Gründe für das Verfahren geben, er möchte aber seine persönliche Meinung hier nicht diskutieren. Der subjektive Eindruck sollte nicht objektive Meinung werden.

Herr Löber (Revisionsamt) berichtet, dass bei allen Fällen, die von 14 oder der AKB angestoßen werden, ein breites Spektrum von Aspekten zu beachten sei.

Die Fahrzeuge, die im Stadtgebiet abgeschleppt werden, werden in der Regel durch Ausschreibung verkauft. Schrottreife Autos werden verschrottet.

Das Augenmerk von 14 wird immer darauf gerichtet, ob für die Fahrzeuge noch Einnahmen erzielt wurden oder hätten erzielt werden können. Für 14 war es wichtig, dass der Verbleib jedes Fahrzeuges, das Amt 31 beschäftigt hat, nachvollzogen werden kann. Die Dokumentation der Vorgänge muss allgemein in diesem Bereich als mangelhaft bezeichnet werden.

Es ist z.B. nicht nachvollziehbar, wann welche Fahrzeuge versteigert wurden.

Die öffentliche Versteigerung am 07.05.2007 war nur über das Hauptamt nachvollziehbar. Amt 31 hat dazu gesagt, dass es keine Bieter gegeben habe.

## Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Februar 2008

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

In dem nun vorliegenden Fall hat eine Person 3 Fahrzeuge gekauft (2.500 €). Im Moment sieht es so aus, dass dieser Betrag bei der LHW nicht vereinnahmt wurde. Bei der Person, die die Fahrzeuge gekauft hat, soll es sich um einen Herrn Wagner handeln.

Vors. Tollebeek fragt nach, ob 11 heute von 31 informiert worden ist. Was kann noch mehr auf einen Betrugsfall hindeuten.

Er möchte wissen, wie sichergestellt werde, dass dieser Fall personalrechtliche und evtl. auch staatsanwaltliche Folgen hat.

Stadtrat Bendel fragt nach, ob der Genannte städtischer Mitarbeiter sei.

Vors. Tollebeek wirft ein, dass bei 31 Autos verschachert würden, ohne dass am Ende Geld in die städtischen Kassen fließe. Wir verfolgen jede Hilfsangestellte in Schwimmbädern, die einen kleinen Fehlbetrag in der Kasse habe. Aber im vorliegenden Fall fehle etwas. Er geht davon aus, dass das Personal- und Organisationsamt der Fall unter Wahrung aller Fristen verfolge wird.

Stadtrat Bendel weist erneut darauf hin, dass es nur im Falle einer Kündigung um die Einhaltung von Fristen gehe. Bei allen anderen Maßnahmen sind keine Fristen festgelegt. Ob die Infos zum heute hier beschriebenen Fall ausreichen um zu kündigen, müsse noch geklärt werden. Es klingt zwar nach Betrug, aber das sei nur eine subjektive Wahrnehmung.

Stadträtin Zeimetz-Lorz berichtet, dass sie am Vormittag des 27.02.2008 von dem Sachverhalt erfahren habe und jetzt prüfen müsse. Es würde das übliche Verfahren praktiziert und wenn möglich die Sache auch zur Anzeige gebracht. Die strafrechtliche und die disziplinarische Schiene müssten parallel laufen. Man müsse aber trotz allem vorsichtig sein.

Vors. Tollebeek weist noch einmal auf die nötige gute Zusammenarbeit zwischen 11 und 14 hin. Der Ausschuss wolle keine Ermittlungsarbeit leisten, allerdings soll die Verwaltung veranlasst werden, dass die entsprechenden Fachleute mit aller Härte ermitteln.

Herr Löber wirft ein, dass hier - wie üblich - 11, 14 und AKB zeitnah zusammenarbeiten müssen. Weitere Aufklärung sei nur über Personalgespräche möglich. Es könne nicht sein, dass zunächst 14 und AKB Gespräche führen und danach erst 11 dazukommt. Dadurch würde man dem Mitarbeiter ermöglichen, sich auf Fragen vorzubereiten. Er berichtet von einem Fall aus den Vorjahren, in dem sich ein Mitarbeiter durch Tagungen im Taunus bereichert habe. Die Stadt habe die Tagungen komplett gezahlt, obwohl ein Teil anderweitig getragen wurde. Den „Überschuss“ habe der Mitarbeiter mit Familie und Freuden im Tagungshotel „abgegessen“. Damals sei man in einer konzertierten Aktion auf den Mitarbeiter zugegangen und habe ihn vor vollendete Tatsachen gestellt; einen Tag später hat er einen Auflösungsvertrag unterzeichnet.

Man müsse immer damit rechnen, dass ein Mitarbeiter einen cleveren Anwalt einschaltet, der nachfragt, wann der Sachverhalt bekannt geworden ist und dann aufgrund der Fristen die Sache kippen kann.

Im vorliegenden Fall müsse der Leiter von 31 den Oberbürgermeister und das für 11 zuständige Dezernat III unterrichten - in dem Moment beginnt die 14-Tage-Frist zu laufen - nicht erst, wenn der Bericht über die Ermittlungen von 14 vorliegt.

Am besten wäre es, 11, 14, AKB und den Mitarbeiter an einen Tisch zu holen. Aufbauend auf diesem Gespräch könnten dann die arbeitsrechtlichen Konsequenzen eingeleitet werden.

Stadtrat Bendel wirft ein, dass er nun eine Menge Belehrungen gehört habe. Er möchte aber klarstellen, dass nicht bei allen personalrechtlichen Gesprächen 14 dazu genommen werden müsse.

## Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Februar 2008

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Da käme es schon auf den Sachverhalt an. Durch die neue Verfügung des Oberbürgermeisters sei das Verfahren klar geregelt.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass Herr Löber in seinen Ausführungen nichts unterstellt habe. Er habe lediglich auf die Notwendigkeit einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen 11, 14 und AKB hingewiesen, sonst nichts.

Der Ausschuss wolle bei einer solchen Vielzahl von Vorfällen Konsequenzen sehen. Bei ELW soll nichts mehr ge- oder verkauft oder versteigert werden. Dort gäbe es ein Netzwerk von Leuten, die es nicht so genau mit Recht und Gesetz nehmen (persönliche Meinung des Vorsitzenden). Es gäbe Leute, von denen jeder wisse, dass sie illegal handeln und diese werden bis zur Pensionierung mitgeschleppt.

Herr Löber geht noch einmal auf die Aussagen von Stadtrat Bendel ein und berichtet, dass sein Vortrag keine Anschuldigung oder Unterstellung sein sollte. Er wollte nur auf die notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit hinwirken. Er habe in seiner früheren Tätigkeit als Abteilungsleiter bei 11 auch so gehalten, dass man sich kurzfristig mit allen Beteiligten zusammensetzt bzw. abspricht - das gehe durchaus. Alles, was intern diskutiert wird, kann die Aufklärung verzögern.

Stadtrat Bendel sagt noch einmal, dass es ihm wie eine Vorhaltung vorgekommen sei.

Vors. Tollebeek will nicht mit Unterstellungen arbeiten und weist auf die notwendige Beschlussfassung für die nächste Sitzung hin.

Herr Löber berichtet, dass es bei den Tankkarten verschiedene Auffälligkeiten gibt. So wurde z.B. in 2005 eine Kehrmaschine für eine städtische Schule für ca. 21.500 € angeschafft. Dieses Gerät wurde bisher in der ganzen Zeit mit 19 l Diesel betankt, d.h., das Gerät war nie im Einsatz.

Auf Tankkarten, die für ein Dieselfahrzeug ausgestellt wurden, wurde Benzin getankt und umgekehrt. Hier müssen dringend Gespräche zur Aufklärung geführt werden.

Vors. Tollebeek weist auf seine eigene Tankkarte hin, mit der er sowieso nur Diesel tanken könne. Dieses könnte die LHW doch genauso festlegen.

Herr Löber berichtet darüber, dass der Amtsleiter des Schulamtes 11 mitgeteilt habe, dass ein Schulhausmeister wahrscheinlich privat getankt habe. Der Sachbearbeiter bei 11 habe ihm daraufhin mitgeteilt, dass es besser gewesen wäre, er hat das nicht gehört und der Amtsleiter hätte besser erst 14 informiert. Dazu gäbe es auch Schrift-/Mailverkehr. Wenn ein Anwalt auf diese Notiz stoße, wäre klar, dass keine Kündigung mehr erfolgen oder eine erfolgte gegenstandslos sei, da die Fristen schon vor Monaten zu laufen begonnen haben.

Aufgrund der Vielzahl der zu überprüfenden Tankvorgänge benötigt das Revisionsamt noch eine gewisse Zeit für die Auswertung. Man könne aber sagen, dass in Zeit von 2004 - 2007 über 6 Mio € abgewickelt wurden. Dazu gäbe es noch Einkäufe besonderer Spritsorten. Man habe auf die Schnelle einen Filter über die Daten laufen lassen und dabei das Tanken unterschiedlicher Benzinsorten festgestellt, habe aber noch keine Informationen z.B. darüber, ob es einen Fahrzeugwechsel in der Zeit gegeben habe. Es gäbe im Moment 141 auffällige Karten und auch Auffälligkeiten bei den Mengen. So habe z.B. ein LKW-Kipper 2489 l Getriebeöl (evtl. auch Motoröl - noch unklar) verbraucht, was unter keinen Umständen in der Realität so vorkommen kann.

Unter anderem waren bestimmte Rasenmäher im Winter ganz besonders im Einsatz. Oder Laubblasgeräte hätten z.B. im 1. Jahr einen Verbrauch von 52 l Benzin, im 2. Jahr von 180 l Benzin

## Seite 12 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Februar 2008

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

und ein Jahr später schon einen Verbrauch von 380 l gehabt, der sich im Jahr 2007 noch auf 800 l gesteigert habe.

Beim Amt für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten sei die Dokumentation unterschiedlich ausgeprägt.

Vors. Tollebeek weist u. a. auf den Verkauf von Grabaushubgeräten hin, die gerade angeschafft und wenig später an einen Mitarbeiter (gleichzeitig Geschäftsführer Topgun) verkauft. Kurz darauf werden wieder neue Grabaushubgeräte angeschafft und nichts passiert - kein Mitarbeiter wird entlassen. Diese Praxis hat offensichtlich die gesamte LHW betroffen - dies müsse man unbürokratisch ausmerzen.

Er findet es ganz unbefriedigend, dass 14 bei einigen Gesprächen nicht beteiligt war.

### Folgender Beschluss wird gefasst:

#### I. Der Ausschuss nimmt folgende Schreiben/Berichte zur Kenntnis:

- Schreiben Herr Oberbürgermeister Dr. Müller zu Punkt 1 des Beschlusses 0204 des Revisionsausschusses aus der Sitzung 28.11.2007 vom 28.01.2008 (siehe auch Beschluss 0055 der heutigen Sitzung - Vorlagen Nr. 07-F-25-0093).
- Bericht von Frau Stadträtin Zeimetz-Lorz zu Punkt 9 des Beschlusses 0027 des Revisionsausschusses aus der Sitzung 27.02.2008 vom 11.02.2008
- Schreiben von Herrn Stadtrat Bendel zum Beschluss 0027 des Revisionsausschusses aus der Sitzung 28.01.2008 vom 14.02.2008

II. Der Ausschuss sieht keine Veranlassung, die im Schreiben des Herrn Stadtrat Bendel geforderten Korrekturen des Beschlusses Nr. 0027 vom 23.01.2008 oder des Protokolls hierzu vorzunehmen.

#### III. Der Ausschuss nimmt folgende mündliche Berichte von Herrn Löber zu aktuellen Unregelmäßigkeiten zur Kenntnis:

##### 1. Fehlende Zahlungseingänge von 2.500 € im Amt für Gefahrenabwehr und Verkehrsüberwachung

Im Rahmen der aktuellen Prüfung der Abwicklung von Verkäufen/Verwertungen von abgeschleppten Fahrzeugen hat sich herausgestellt, dass aus der öffentlichen Versteigerung vom 07.05.2007 für drei Fahrzeuge zwar Verträge vorliegen, die dazugehörigen Einzahlungen in Höhe von 2.500 € aber nicht eingegangen sind.

Das Revisionsamt prüft den Weg der abgeschleppten Fahrzeuge bis zur Abholung, Verschrottung oder Versteigerung. Die dabei vorgefundene Dokumentation der Vorgänge muss teilweise als mangelhaft bezeichnet werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Müller, Frau Stadträtin Zeimetz-Lorz, die Antikorruptionsbeauftragte und das Personal- und Organisationsamt wurden 27.02.2008 vom Amt für öffentliche Ordnung bzw. dem Revisionsamt über den Vorgang informiert.

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

2. Private Nutzung einer dienstlichen Tankkarte im Schulamt

Auf den Verdacht des Schulamtes gegen einen Schulhausmeister wegen eines möglichen Missbrauchs einer Tankkarte hin hat das Revisionsamt die vom Schulamt vorgelegten Unterlagen und Abrechnungen ausgewertet. Dabei hat sich der Verdacht erhärtet, dass ein Missbrauch der Tankkarte durch private Nutzung vorliegt. Der Bericht hierzu wurde dem Personal- und Organisationsamt über Herrn Oberbürgermeister Dr. Müller und Herrn Stadtrat Bendel am 20.02.08 zugeleitet.

Die Federführung für die weiteren Gespräche liegt nun bei dem Personal- und Organisationsamt, das sich aber zu dem Vorgang noch nicht geäußert hat.

3. Dem Ausschuss ist in seiner nächsten Sitzung (16.04.2008) darüber zu berichten, wie und in welcher Form in diesen Fällen die Zusammenarbeit zwischen der Antikorruptionsbeauftragten, dem Personal- und Organisationsamt und dem Revisionsamt stattgefunden hat und zu welchem Ergebnis die weiteren Maßnahmen geführt haben.

IV. Der Ausschuss nimmt den folgenden mündlichen Bericht von Herrn Löber zum Thema „Tankkarten“ zur Kenntnis:

Insgesamt ist eine Datenmenge von über 80.000 Betankungen bei 973 Tankkarten mit einem Gesamtwert von über 6 Mio Euro auszuwerten. Dabei sind bei 141 Tankkarten Auffälligkeiten festzustellen, die einer intensiveren Prüfung bedürfen.

V. Der Revisionsausschuss weist auf den bestehenden Prüfauftrag an das Revisionsamt zu der Tankkartenproblematik hin und bittet darum, dem Ausschuss regelmäßig über den Fortgang der Prüfungen zu berichten.

VI. Der Revisionsausschuss fordert den Magistrat auf, alle dienstlich genutzten Tankkarten mit sofortiger Wirkung nur noch auf die jeweils notwendige Betriebsart umzustellen und die Nutzung für alle anderen Betriebsstoffe zu sperren.

VII. Die Vorlage eines geänderten Konzepts zum Verkauf/Versteigerung von Fahrzeugen der Landeshauptstadt Wiesbaden wird unter der Sitzungsvorlagennummer 07-F-25-0093 behandelt (siehe dazu Beschluss Nr. 0055 der heutigen Sitzung).

Einstimmig

0054            08-A-19-0002

Verwaltungsjagd

Frau Schupp berichtet kurz, dass es sich um 6 zu verpachtende Jagdbezirke handelt

Der Ausschuss hatte sich im öffentlichen Teil bereits dem im Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit ergänzten gemeinsamen Antrag angeschlossen und beschließt nun, das Revisionsamt mit einer Prüfung zu beauftragen.

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

**Dazu ergeht folgender Beschluss:**

Das Revisionsamt wird beauftragt,

1. alle Verträge, die mit den Jagdpächtern der städtischen Jagdreviere abgeschlossen wurden zu überprüfen,
2. festzustellen, wann die letzten Verträge abgeschlossen bzw. verlängert wurden,
3. mitzuteilen, an wen welches Revier verpachtet wurde und
4. ob es sich bei den Neupächtern evtl. um die Vorpächter handelt.

Einstimmig

**0055                      07-F-25-0093**

Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen  
- Dringlichkeitsantrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 04.09.2007 -

Vors. Tollebeek kann sich mit dem Vorschlag, den Verkauf bzw. die Versteigerung von ausgemusterten Fahrzeugen bei ELW zu belassen, nicht anfreunden. Er bittet darum ELW, sich vom Verkauf von Fahrzeugen zu trennen und weist auf den ausdrücklichen Wunsch des Ausschusses schon in der Vergangenheit hin, die Fahrzeugveräußerung anders zu gestalten.

Herr Wack (ELW) kennt diesen Wunsch, berichtet über Gespräche z.B. mit 20 aber auch mit 66 und 67 und unterrichtet den Ausschuss darüber, dass den ELW angetragen worden sei, den Verkauf/die Veräußerung der Fahrzeuge weiterzuführen. Er persönlich begrüße das nicht.

Herr Emmel (Kämmerei) teilt mit, dass der gesamte Fuhrpark von ELW abgewickelt werde, die Betriebswerkstatt dort angesiedelt sei. Man müsste bei einer Verlagerung alles abziehen, woanders ansiedeln und mit anderen Mitarbeitern versehen.

Vors. Tollebeek bestätigt genau diesen Wunsch des Ausschusses. Es gäbe eine politische Bewertung der Situation hier im Ausschuss. Alle seine Vorgänger/innen hätten sich schon mit dem Thema beschäftigt. Wenn die Verwaltung nun rein gewaschen werden könne wäre das prima.

Stadtrat Bendel wirft ein, das es aber doch eine Einheit machen müsse.

Vors. Tollebeek antwortet, dass das zwar richtig sei, aber diese Einheit könne nicht ELW sein.

Stadtrat Bendel weist auf den nötigen Platzbedarf hin.

Lt. Aussage von Vors. Tollebeek könnte man Fahrzeuge usw. auch privat auslagern. Die Beschaffung von Neufahrzeugen wäre ja auch über die Verdingungsstelle möglich. Intension des Ausschusses sei es, den Sumpf auszutrocknen. Er bittet den Magistrat, den eingereichten Vorschlag einen Sitzungszug zu überdenken.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Nach Aussagen von Stadträtin Zeimetz-Lorz war ELW bei den Überlegungen nicht von vorne herein außen vor.

Frau Taust (Revisionsamt) teilt mit, dass auf Seite 3 des Schreibens von Herrn Oberbürgermeister Dr. Müller darauf hingewiesen werde, dass eine Analyse der vorhandenen Organisationsstrukturen, eine Auswertung von Arbeitsabläufen usw. durch 11 durchzuführen wäre. Sie könnte sich eine Beschlussfassung des Ausschusses dahingehend vorstellen, den Magistrat zu bitten, nach dem Vorschlag des Oberbürgermeisters zu verfahren.

Stadtrat Bendel fragt nach der Möglichkeit, einen externen Gutachter einzuschalten. Diese Möglichkeit sichert Vors. Tollebeek zu.

Der Hinweis von Herrn Wack, ELW platze räumlich aus allen Nähten, greift Vors. Tollebeek auf und bietet die Möglichkeit an, durch die Standzeiten benötigte zusätzliche Mittel überplanmäßig zu beantragen.

**Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:**

1. Der Bericht des Magistrats (Dezernat VII) vom 13.02.2008 zu einem veränderten Verfahren für die Veräußerung/Versteigerung von Gebrauchtfahrzeugen wird nicht zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Des Weiteren wird der Bericht vom 28.01.2008 von Herrn Oberbürgermeister Dr. Müller zur Sitzungsvorlagennummer 07-F-22-0002 zur Kenntnis genommen.
3. Unter Bezugnahme auf den Hinweis des Herrn Oberbürgermeister Dr. Müller (Seite 3, erster Absatz des Berichts), wonach eine Analyse der vorhandenen Organisationsstrukturen oder die Auswertung von Arbeitsabläufen zur Optimierung des Fuhrparkmanagements das Personal- und Organisationsamt durchzuführen hätte und von dort nach Ist-Analyse weitere Empfehlungen zur Veränderung untersuchter Arbeitsprozesse ausgesprochen werden könnten, wird der Magistrat gebeten, schnellstmöglich, gegebenenfalls auch unter Einschalten eines externen Gutachters,
  - a. Empfehlungen zur Optimierung des Fuhrparkmanagements zu entwickeln und dabei
  - b. Alternativen zur Veräußerung/Versteigerung von Fahrzeugen der Landeshauptstadt Wiesbaden außerhalb der bisherigen Zuständigkeit von ELW zu finden.
4. Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass durch zunehmenden Platzbedarf aber auch durch verlängerte Standzeiten der zu verkaufenden Fahrzeuge der ELW und der Landeshauptstadt Wiesbaden möglicher Weise noch entsprechend überplanmäßig anzumeldende Kosten entstehen könnten.

Einstimmig

Anlagen

Seite 16 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Februar 2008

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Wiesbaden,                    .03.2008

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

weitere Schriftführerin

Tollebeek

Koch

Koba